"Gaddafi bot mir Datteln an"

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **84 (2009)**

Heft 11

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-717706

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

«Gaddafi bot mir Datteln an»

Eigentlich wäre alles einfach: Die Sieben in Bern müssten sich nur an ihre eigenen Richtlinien halten, die da lauten: «Der Bundesrat sorgt für eine einheitliche, kontinuierliche Information über seine Lagebeurteilungen, Planungen, Entscheide und Vorkehren.»

Die Wirklichkeit sieht anders aus – am Beispiel der letzten Septemberwoche 2009.

Fall 1: Libyen

Am Dienstag gibt die Aussenministerin Micheline Calmy-Rey in der elenden Affäre Gaddafi die Parole heraus: «Das Beste, was wir im Augenblick tun können, ist schweigen». Damit hat sie im Grunde Recht – was soll der Bundesrat zu dieser unsäglichen Peinlichkeit noch sagen!

Am Mittwoch bestätigt André Simonazzi, der Bundesratssprecher, die Exekutive werde jetzt schweigen. Sie melde sich erst wieder zu Wort, wenn neue Informationen vorlägen und es etwas Substanzielles zu sagen gebe.

Was aber geschieht am Donnerstag? In der Romandie bringt das Wochenmagazin «L'Hebdo» ein langes Interview mit dem Bundespräsidenten Hans-Rudolf Merz, der sich in epischer Breite zur Libyen-Affäre auslässt.

Der irritierte Leser erfährt, wie gnädig der Diktator und Geiselnehmer Gaddafi den Bundespräsidenten empfing: «Er bot mir Datteln an.» Und auch an Tee und einer Berührung mit der Hand liess es der Wüstenfürst nicht fehlen.

Nichts Substanzielles liest man zu den Schweizer Geiseln, die mittlerweile schon 14 Monate in Libyen festsitzen: «Warten wir ab, was passiert.»

Fall 2: Polanski

Nicht minder verworren agiert der Bundesrat in der Causa Polanski. Die Führung hat hier Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die Justizministerin. Nach der Festnahme des mutmasslichen Kinderschänders vertritt sie völlig gerade den Standpunkt, die Schweizer Behörden hätten gar keine andere Wahl gehabt, als den Starregisseur zu verhaften.

Anders sieht es Micheline Calmy-Rey, die sich zu jedem und allem äussert. Sie wirft ihrer Amtskollegin einen «Mangel an Fingerspitzengefühl» vor, was immer das auch ist.

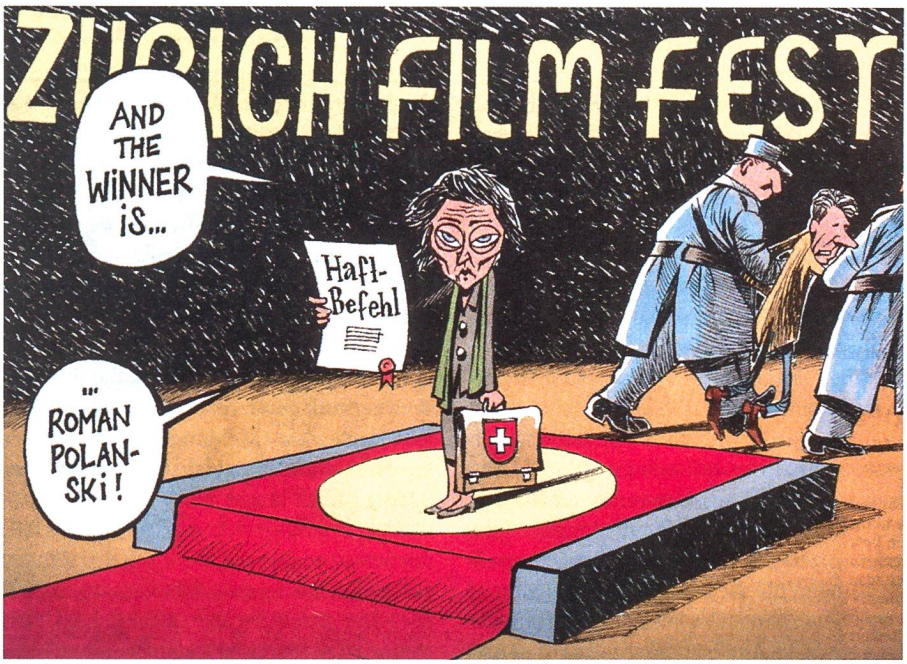
Flugs aber greifen der Innenminister Pascal Couchepin und der Verkehrsminister Moritz Leuenberger ein: Sie halten der Aussenministerin vor: «Hier geht es um Rechtsgleichheit, nicht um Finessen.» Die Justizministerin doppelt nach und lässt verlauten, Polanski habe sich seit 2005 nur noch in Polen und Frankreich aufgehalten – und das Chalet in Gstaad?

Fall 3: Sparen

Ans Eingemachte geht es nach der Sitzung, in der die Regierung ein rigides Sparprogramm beschloss. Die offizielle «Sprachregelung» – was für ein Wort – lautete, es gelte ein Ausgabenmoratorium, und zwar ab sofort. Zu Deutsch heisst das: Alle müssen den Gürtel enger schnallen; von 2011 an sollen anderthalb Milliarden gespart werden.

Was aber macht Bundesrat Leuenberger? Die Tinte unter dem Beschluss ist noch feucht, als er sich beklagt, die Konsequenzen aus dem Moratorium seien für sein Departement «absolut dramatisch.» Die Öffentlichkeit hat den Entscheid des Kollegiums noch nicht einmal zur Kenntnis genommen, da schlägt Leuenberger schon wieder drein.

Von Kollegialität, von Rücksicht auf die andern, von *einheitlicher, kontinuierlicher* Information keine Spur. *fo.*



NZZ am Sonntag

Zürich Filmfestival: «Der Gewinner ist .... Roman Polanski.»

Oberst Nyffenegger

Von schweren Pannen wurde wiederholt auch das seinerzeitige EMD, das Militärdepartement, heimgesucht.

Am schlimmsten war der Januar 1996, als sich in der Affäre um den Obersten Nyffenegger an einem Tag gleich vier Bundesräte jeder gegen jeden die Schuld zuschoben.

Hauptmann Bellasi

Wenig Ruhm erwarben sich die Bundesbehörden im August 1999, als Dino Bellasi behauptete, der Nachrichtenchef Regli baue eine «Geheimarmee» auf.

Die Bundesanwältin Carla del Ponte stiess ins gleiche Horn, und der völlig unschuldige Peter Regli wurde offiziell erst nach Jahren rehabilitiert.